



Fragen und Antworten

1. Was ist der Anlass für die Volksinitiative zum Kohleausstieg?

Klimapolitisch ist ein [schneller Kohleausstieg zwingend erforderlich](#). Hamburg gehört in Deutschland zu den Städten, die am meisten Kohle verbrennen. 85 % des auf Hamburger Gebiet erzeugten Stroms sowie 60 % der Fernwärme stammen derzeit aus der Verbrennung von Kohle.

Obwohl laut [Umfragen](#) rund Zweidrittel der Deutschen den Kohleausstieg unterstützen⁽²⁾, ist von der großen Koalition kein schneller Kohleausstieg auf Bundesebene zu erwarten. Das Klimaziel für 2020 hat die GroKo schon aufgegeben und im Koalitionsvertrag wird die Planung für einen Kohleausstieg mit unverbindlicher Zielsetzung in eine Kommission überwiesen.

Mit Volksinitiativen gestalten die Bürgerinnen und Bürger die Politik direkt. Die Volksinitiative Tschüss Kohle ist die Chance, den lokalen Kohleausstieg von unten selber zu entscheiden. Bürgerschaft und Senat können den Gesetzentwurf der Volksinitiative bereits übernehmen. Einen späteren Volksentscheid müssen sie umsetzen.

Umweltsenator Jens Kerstan hat das Ziel Kohleausstieg bis 2025 im zentralen Hamburger Fernwärmenetz zwar vorgelegt und eine Planung alternativer Wärmegewinnung entwickelt. Dessen Verwirklichung und Fortführung über die nächste Bürgerschaftswahl hinaus ist allerdings aus mehreren Gründen sehr fraglich.

Die Umsetzung des Szenarios der Umweltbehörde hängt maßgeblich daran, ob die FHH tatsächlich zu Anfang 2019 die Fernwärmeversorgung vollständig von Vattenfall zurückkauft oder nur Minderheits Eigentümerin bleibt. Für den letzten Fall hat Vattenfall schon angekündigt, dass es das Kohlekraftwerk Moorburg ans Fernwärmenetz anschließen will. Aber auch die Pläne der Umweltbehörde enthalten Einfallstore für Kohlewärme aus Moorburg (siehe Frage 9).

Wir wollen für alle Fälle absichern, dass das alte Kohlekraftwerk Wedel nicht durch andere Kohleverbrennung ersetzt wird. Denn entweder brennt die Kohle dann noch viel zu viele Jahre weiter oder die Frage, wie die Kohlewärme ersetzt werden kann, stellt sich schon nach kurzer Zeit erneut, z. B. wenn, wie zu hoffen, ein zügiger Kohleausstieg von der Bundesregierung beschlossen wird. Der Kohleausstieg in der Fernwärme ist die wirkungsvollste Einzelmaßnahme für den Klimaschutz, die Hamburg machen kann.

Diese Volksinitiative soll dafür sorgen, dass das Ziel des Umweltsenators, Kohleausstieg im Fernwärmenetz 2025, nicht nur politische Absichten bleiben, sondern verbindlich und über die nächste Bürgerschaftswahl hinaus gelten. Weiterhin verhindert unser Gesetzentwurf jegliche neue Wärmeauskopplung von Kohlekraftwerken.

In München haben die Bürgerinnen und Bürger bereits per Bürgerentscheid die Abschaltung eines Kohlekraftwerks entschieden. In Berlin hat das Abgeordnetenhaus den Berliner Kohleausstieg beschlossen. Weltweit steigen immer mehr Länder und Städte aus der Kohle aus. Auch Hamburg muss sich rechtzeitig um Alternativen kümmern.

2. Wer ist Teil der Volksinitiative und wie finanziert sie sich?

Die Volksinitiative Tschüss Kohle wird von über [25 Organisationen](#) getragen bzw. unterstützt. Dazu gehören neben verschiedenen Umwelt- und Klimaschutzverbänden auch der [Zukunftsrat Hamburg](#), das [Zentrum für Mission und Ökumene in der Nordkirche](#) und der alternative [Wohlfahrtsverband Soal](#).

Die Volksinitiative ist parteienunabhängig und finanziert sich über Spenden von Privatpersonen und Unterstützerbeiträge der beteiligten Organisationen. Der Finanzierungsbedarf für den ersten Schritt der Volksabstimmung inklusive der intensiven Beratung durch die Rechtsanwälte beträgt geschätzt ca. 20.000 Euro.

3. Wie kann ich unterstützen?

Vor allem geht es jetzt darum, in kurzer Zeit möglichst viele Unterschriften zu sammeln und die Volksinitiative Tschüss Kohle in der Stadt bekannt zu machen. Also meldet Euch als Tschüss-Kohle-Aktivist*innen unter www.tschuess-kohle.de/mitmachen. Hier gibt es auch viele Tipps und aktuelle Aktionen.

Wichtig: Bis 27.3.2018 müssen die Listen wieder bei uns im Büro sein, damit wir die Unterschriften am 29.3. beim Senat einreichen können.

Außerdem könnt ihr Tschüss Kohle über [Facebook](#) und [Twitter](#) verbreiten.

4. Wie seid ihr bei der Entwicklung des Gesetzentwurfs vorgegangen?

Die ersten Entwürfe für den Text der Volksinitiative stammen von engagierten Menschen aus den Initiativorganisationen. Diese waren dann die Grundlage für die Beratung von den auf Energierecht spezialisierten Anwälten der renommierten Kanzlei Günther. Schließlich haben wir in zwei Runden die Beratung durch den Landeswahlleiter auf der Grundlage von Rückmeldungen aus den Behörden wahrgenommen und den Gesetzentwurf weiter ausgearbeitet.

Der Gesetzentwurf ist aus unserer Sicht die bestmögliche Umsetzung des Hamburger Kohleausstiegs, die im Rahmen einer Volksinitiative und des bestehenden Rechtssystems möglich ist. Insbesondere haben wir das sog. Kopplungsverbot beachtet, das untersagt, dass verschiedene „Materien“ in einer Volksinitiative behandelt werden, damit die Abstimmenden auch voll und ganz Ja sagen können. Wir beziehen uns in den konkreten Maßnahmen eng auf den Kohleausstieg in der Fernwärme. Ein weiterer Faktor war die Vermeidung von hohen Entschädigungszahlungen.

Weiterhin konnten wir nur Dinge regeln, die dem Landesrecht unterliegen, und auf die der Senat bzw. die Stadt Hamburg direkten Einfluss haben.

5. Warum brauchen wir den Kohleausstieg?

Energie aus Kohlekraftwerken ist eine der klimaschädlichsten und dreckigsten Formen der Energieerzeugung. Kohlekraftwerke sind einer der größten Verursacher des Klimawandels und stoßen hohe Mengen gesundheitsschädlicher Stoffe wie Quecksilber oder Stickoxide aus. Der

Import von Steinkohle ist zudem mit massiven Menschenrechtsverletzungen in den Herkunftsländern verbunden.

Ohne einen schnellen Einstieg in den Kohleausstieg können die deutschen Klimaschutzverpflichtungen nicht erreicht werden und das Pariser Klimaziel, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, würde weit verfehlt.

Hamburg gehört in Deutschland zu den Städten, die am meisten Kohle verbrennen. 85 % des auf Hamburger Gebiet erzeugten Stroms stammen derzeit aus der Verbrennung von Kohle.

Gleichzeitig wird Hamburg als Küstenstadt direkt vom steigenden Meeresspiegel betroffen sein. Laut einer gerade im Februar 2018 veröffentlichten [Studie](#) steigt der Meeresspiegel noch stärker an als bisher gedacht. Bis 2100 wird von einem Anstieg von 65 cm ausgegangen. Hamburg wird weitere Millionen, wenn nicht Milliarden, in den Hochwasserschutz investieren müssen. Konsequenter Klimaschutz, und dazu gehört an erster Stelle der Kohleausstieg, kann den Anstieg verlangsamen.

Zudem ist zu erwarten, dass der CO₂-Zertifikatehandel das Verbrennen von Kohle verteuert. Zwar schlägt dies auf den Fernwärmepreis beim Endkunden nicht voll durch, aber es ist ein weiterer Grund, jetzt keine neue Infrastruktur in der Fernwärme aufzubauen, die auf Kohle setzt.

In Norddeutschland produzieren wir sehr viel Strom aus erneuerbaren Quellen. Obwohl dieser Strom laut dem Erneuerbaren Energien Gesetz Vorrang genießt, kann er regelmäßig nicht genutzt werden, da das Stromnetz auch [durch den Strom der Kohlekraftwerke in Hamburg verstopft](#) wird. Diese können noch weniger heruntergefahren werden, wenn sie die Wärmeversorgung sicherstellen sollen.

6. Welche Kohlekraftwerke gibt es jetzt in Hamburg, wofür werden sie eingesetzt, wie viel CO₂ emittieren sie?

Auf Hamburger Gebiet gibt es zwei Kohlekraftwerke. Ein drittes, das Hamburg zugerechnet wird, liegt in Wedel direkt an der westlichen Landesgrenze in Schleswig-Holstein.

Die Kohlekraftwerke in Wedel und Tiefstack speisen Wärme in das zentrale Fernwärmenetz und Strom ins bundesweite Stromnetz ein. Das Kohlekraftwerk in Moorburg liefert in sehr geringem Umfang Wärme an ein Unternehmen, der Strom wird ebenfalls ins bundesweite Stromnetz eingespeist.

Die Kohlekraftwerke produzieren 85% des in Hamburg erzeugten Stroms und 60% der Fernwärme in Hamburg. Sie emittieren je nach Jahreslaufzeit ca. 9 - 11 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr.

Nach Angaben des Senats (Parlamentsdrucksache 21/11006) entfallen je nach Berechnungsmethode auf die Vattenfall-Fernwärme zwischen rund 600.000 t/Jahr und rund 1.000.000 t/Jahr. Die Emissionen fallen im Wesentlichen in den beiden Kohlekraftwerken in Wedel und Tiefstack an. Dazu kommen die CO₂-Emissionen aus der Stromproduktion der beiden Kraftwerke. Nach Recherchen von [Beyond Coal](#) verursachte das Kohlekraftwerk Tiefstack 2016 1,3 Mio Tonnen CO₂, das Kraftwerk Wedel 1,33 Mio Tonnen.

Das Kohlekraftwerk Moorburg hat laut Senatsangaben (Parlamentsdrucksache 21/12077) im Jahr 2017 ca. 6,15 Mio Tonnen CO₂ emittiert. Das entspricht einem mit den Pariser Klimaziele vereinbaren biologischen Fußabdruck von 2,23 Mio Menschen nur für dieses Kraftwerk, wenn das CO₂-Jahresbudget eines Menschen 2,7 Tonnen beträgt, wie vom [WBGU](#) berechnet. Läuft das Kohlekraftwerk noch mehr Stunden im Jahr, kann die CO₂-Emission auf 8,5 Mio Tonnen steigen.

Mit der von der Umweltbehörde präferierten Variante zum Ersatz der Kohlekraftwerke Wedel und Tiefstack können je nach Berechnungsmethode bis 600.000 t/Jahr CO₂ eingespart werden.

Eine genaue Bilanzierung, wie viel CO₂ durch den Ersatz der Kohlkraftwerke eingespart werden kann, ist erst dann möglich, wenn klar ist, welche Erzeugungquellen (erneuerbar/Abwärme/Gas) die Kohlekraftwerke ersetzen. Die Emissionen hängen auch maßgeblich von den Einsatzzeiten der Anlagenkomponenten ab. Sie sind im Rahmen der Planungen des Projekts „Erneuerbare Wärme Hamburg“ noch nicht abschließend berechnet.

Hamburg muss zügig aus der Kohle aussteigen, insbesondere muss das veraltete Kraftwerk in Wedel schnell abgeschaltet werden. Das Unternehmen Vattenfall bekommt den von Anwohnern wiederholt kritisierten Ausstoß ätzender Partikel am Elbhochufer in Wedel nicht in den Griff. Wie lange dieses Kraftwerk rechtlich noch betrieben werden kann, ist fraglich.

7. Wie wird sichergestellt, dass 2025 genügend verlässliche alternative Wärmequellen zur Verfügung stehen?

Für den Ersatz des völlig veralteten Kohlekraftwerks am Standort Wedel müssen in Hamburg derzeit ohnehin Lösungen gefunden werden. Dieses Kraftwerk aus den 1960er Jahren gehört auch ohne unsere Initiative so schnell wie möglich abgeschaltet. Die Umweltbehörde arbeitet seit Jahren intensiv und mit Beteiligung von Gutachtern an Plänen, wie das Kohlekraftwerk Wedel, das das westliche Hamburger Fernwärmenetz mit Wärme versorgt, auch schon vor 2025 ersetzt werden kann. Dafür hat sie eine ganze Reihe von alternativen Anlagen prüfen lassen und jetzt einige Module davon in die konkreten Planungen übernommen. Das Kohlekraftwerk Tiefstack dient ebenfalls der Fernwärmeversorgung und soll bis 2025 von Kohle auf andere Brennstoffe umgerüstet werden.

Die Versorgungssicherheit ist die erste Pflicht jedes Fernwärmenetzbetreibers. Es wird kein Kraftwerk abgeschaltet, wenn nicht die Wärmeversorgung sichergestellt ist. Außerdem wird jetzt auch schon mit Überkapazitäten gearbeitet, um Kraftwerksausfälle aufzufangen. Zur Not könnten schnelle, aber teure Lösungen gebaut werden, was aber gar nicht unser Ziel ist.

Jetzt geht es darum, den Kohleausstieg festzusetzen, zu planen und möglichst klimaschonende Alternativen zu entwickeln und umzusetzen.

Durch den geplanten Ausbau der Windenergie in Niedersachsen und Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren sowie den Aufbau von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK), die auch Strom produzieren, ist die Versorgungssicherheit im Strombereich gesichert. Dies gilt auch für den Kohleausstieg bis 2030 in ganz Deutschland, wenn der Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine konsequente Energieeinsparpolitik vorangetrieben werden.

Weiterhin gibt es sehr spannende Entwicklungen im Forschungsprojekt NEW 4.0, das auch in Hamburg stattfindet und wichtige Erkenntnisse für die gekoppelte Energiewende in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr liefert.

8. Was plant der Senat für den Ersatz der Wärme aus den Kohlekraftwerken?

Die zuständige Hamburger Behörde für Umwelt und Energie favorisiert derzeit eine sogenannte

Südvariante für den Ersatz der 400 MW Wärme für ca. 150.000 Haushalte aus dem veralteten Kohlekraftwerk Wedel bis 2022. Zukünftig soll etwa 20 Prozent der Ersatzwärme aus dem neuen Zentrum für Energie und Ressourcenschutz (ZRE) im Stelling Moor stammen. Etwa 80 Prozent der Ersatzwärme soll über eine neue Leitung von südlich der Elbe bis in den Hamburger Norden, wo das Fernwärmenetz liegt, transportiert werden: Wärme von der Müllverbrennungsanlage Rugenberger Damm (MVR), von einer neuen Wärmepumpe im Klärwerk Dradenau, aus Abwärme von zwei Industriebetrieben sowie von leistungsstarken Erdgas-Heizwerken in Dradenau. Die Wärme soll über eine neue Leitung von südlich der Elbe bis in den Hamburger Norden, wo das Fernwärmenetz liegt, transportiert werden. Diese Planungen sind weit fortgeschritten. Das Kohlekraftwerk Tiefstack soll bis 2025 auf Gas umgerüstet werden.

Die Investitionen für die neuen Anlagen bzw. deren Umrüstung tragen verschiedene öffentliche Unternehmen, Hamburg Energie und die Stadtreinigung Hamburg. Das derzeit noch von Vattenfall mehrheitlich betriebene Fernwärmenetz geht entsprechend des Volksentscheids UNSER HAMBURG - UNSER NETZ zum 01.01.2019 in die kommunale Hand über.

Die Volksinitiative Tschüss Kohle möchte die Zielsetzung des Kohleausstiegs in der Fernwärme bis 2025 unterstützen und absichern. Die Umsetzungspläne der Hamburger Umweltbehörde sind jedoch ein Ansatz, der neue Abwärmequellen erschließt, aber neuer Wärmeauskopplung aus dem Kohlekraftwerk Moorburg das Tor öffnen. Wir wollen die Zielsetzung unterstützen, aber die Lücken schließen, siehe nächste Frage.

Im rot-grünen Koalitionsvertrag für den Senat der Hansestadt ist klar geregelt: „Ein Neuanschluss kohlegefeuerter Erzeugungsanlagen an städtische oder andere Wärmenetze wird von der Koalition weder angestrebt noch unterstützt. Dies gilt insbesondere für die sogenannte Moorburgtrasse.“ (S. 67) Unsere Volksinitiative verankert diese Vereinbarung gesetzlich und sichert sie über die nächste Wahl ab.

9. Warum noch die Volksinitiative, wenn die Umweltbehörde schon den Kohleausstieg in der Fernwärme plant?

Laut Senator Kerstan ist Voraussetzung für die Umsetzung der Pläne der Umweltbehörde der vollständige Rückkauf des Hamburger Fernwärmenetzes, wie beim Volksentscheid UNSER HAMBURG – UNSER NETZ 2013 entschieden. Jetzt ist die Stadt nur mit 25,1 % daran beteiligt, der Mehrheitseigentümer ist Vattenfall - dem auch das Kohlekraftwerk Moorburg gehört. Dieses Jahr soll der Rückkauf von der Stadt beschlossen werden. Wegen ungünstiger Vorverträge ist der Ausgang der Entscheidung aber ungewiss.

Vattenfall unterstützt die Planungen der Behörde nicht. Stattdessen will das Unternehmen das Kohlekraftwerk Wedel ersetzen, indem dann im großen Stil Wärme aus dem Kohlekraftwerk Moorburg übers Fernwärmenetz vertrieben wird. Damit wäre die Wärme weiterhin fast genauso mit CO₂ belastet wie jetzt und für's Klima nichts gewonnen. Jetzt ist das Kohlekraftwerk Moorburg nicht an die Fernwärme angeschlossen - und das soll auch so bleiben.

Einig sind sich Stadt und Vattenfall nur in dem Punkt, dass eine neue Wärmeleitung von südlich der Elbe bis nach Bahrenfeld gebaut werden soll, um Wärme aus Quellen im Süden der Elbe in das nördliche Fernwärmenetz zu bringen. Die Stadt will Abwärme aus Industrie und Müllverbrennung einbringen, Vattenfall Kohlewärme. Wer sich durchsetzt ist heute nicht absehbar.

Die behördlichen Planungen zum Ersatz des alten Kohlekraftwerks Wedel in der Fernwärme enthalten allerdings auch indirekt eine neue Wärmeauskopplung aus dem Kohlekraftwerk

Moorburg. Die Müllverbrennungsanlage Rugenberger Damm, die zukünftig 80 MW Müllwärme ins Fernwärmenetz liefern soll, versorgt jetzt noch die Ölwerke Schindler. Die müssen sich dann einen neuen Wärmelieferanten suchen: naheliegend das Kohlekraftwerk Moorburg. Der Senat wörtlich "Die Südvariante erfordert allerdings die Belieferung des Industriekunden Schindler Ölwerke durch das Kraftwerk Moorburg." (Parlamentsdrucksache 21/12077)

Wenn die Elbquerung gebaut wird, muss sichergestellt werden, dass darüber keine Kohlewärme aus Moorburg ins Fernwärmenetz kommt. Tschüss Kohle verhindert dies mit den Abschnitten des Gesetzentwurfs, die besagen, dass keine öffentlichen Wege und Flächen für Kohlewärmeleitungen zur Verfügung gestellt werden sollen, weitestgehend. Wie auch die Mehrheit des [Energienetzbeirats](#) auf seiner Sitzung vom 23.11.2017 fordern wir die Umweltbehörde dazu auf, jegliche Wärmeauskopplung aus Moorburg beim Südszenario auszuschließen und eingehend zu prüfen, wie die Ölwerke Schindler klimaverträglich mit Wärme ohne Kohle versorgt werden können.

In dieser ungewissen Gemengelage sollen die Bürgerinnen und Bürger ihr Machtwort sprechen. Der Gesetzentwurf verhindert ab Gültigkeit, also spätestens mit dem Volksentscheid, und unabhängig vom Ausgang der Entscheidung zum Fernwärmenetzzrückkauf, dass neue Leitungen für Wärme aus Kohlekraftwerken genehmigt werden, sowohl diejenige zu den Ölwerken Schindler als auch zum Fernwärmenetz. Wir wollen auch verhindern, dass ein städtischer Fernwärmenetzbetreiber unter einem künftigen Senat den Verlockungen der kurzfristig gedachten „billigen“ Kohlewärme erliegt, und diese statt den neu zu erschließenden Wärmequellen durch die neue Elbquerungsleitung vertreibt. Mit unserem Gesetzentwurf verpflichten wir den zukünftigen städtischen Fernwärmenetzbetreiber weitestgehend, ab 2025 keine Kohlewärme ins Netz aufzunehmen.

Wir leben in Zeiten des beschleunigten Klimawandels. Wir nehmen den Aufwand einer Volksinitiative an, um unserer Verantwortung hier in Hamburg gerecht zu werden und zu sichern, dass die Fernwärme schnell kohlefrei wird. Das ist die wirkungsvollste Einzelmaßnahme, die Hamburg für den Klimaschutz tun kann. Wird das Kohlekraftwerk Moorburg erst mal an die Fernwärme angeschlossen, wird es so schnell nicht abgeschaltet und das bedeutet Jahre mehr Millionen von Tonnen CO₂.

10. Warum keine Wärmeauskopplung aus dem Kohlekraftwerk Moorburg?

Vattenfall hat im Dezember 2017 [bekannt gegeben](#), dass es möglichst schnell und bis 2035 Wärme aus dem Kohlekraftwerk Moorburg ins Fernwärmenetz leiten will. Mit der ersten Variante der Moorburgtrasse ist Vattenfall bisher gescheitert.

Die Initiator*innen dieser Volksinitiative halten es für sehr wichtig, dass es keine neuen Wärmeauskopplungen aus Kohleverbrennungsanlagen mehr gibt. Denn das würde neue Abhängigkeiten seitens der Wärmeabnehmer und Fernwärmekunden von der Kohleverbrennung sowie neue Einnahmequellen für die Betreiber schaffen, was eine möglichst frühzeitige Abschaltung der Anlagen mit hoher Wahrscheinlichkeit verhindern würde.

Moorburg an der Fernwärme bis 2035 bedeutet nicht nur 10 Jahre länger massiv CO₂ in der Fernwärme, sondern jedes Jahr Millionen von Tonnen CO₂ aus der gleichzeitigen Stromproduktion, die zu allem Überfluss auch noch die Stromnetze für Erneuerbare Energien verstopft.

Klimawissenschaftler drängen auf den Kohleausstieg weltweit bis 2030. Dieses Ziel müssen wir erreichen, sonst kippt das Weltklima unaufhaltsam und unwiderbringlich.

Moorburg bis 2035 bedeutet Kohleausstieg in Deutschland nicht vor 2035, bedeutet dass Deutschland in der EU und weltweit den Kohle-Ausstieg aktiv behindert – mit dramatischen Folgen für uns und die Menschen, die nach uns kommen. Es wäre ja naiv zu glauben, dass ausgerechnet das Kohlekraftwerk im reichen Hamburg die einzige „Ausnahme“ bleiben wird.

Vom Kohlekraftwerk Moorburg würde nicht einfach die ohnehin anfallende Abwärme genutzt, wie von vielen angenommen. Bei gleicher Menge Kohle, die verbrannt wird, würde weniger Strom produziert, wenn gleichzeitig Wärme in das Hochtemperatur-Fernwärmenetz (ca. 135°) ausgekoppelt wird. Letztendlich würde für die Wärme fast genau so viel CO2 emittiert, als würde das Wedeler Kraftwerk weiterlaufen.

Zwischen der Fertigstellung der neuen Wärmeleitung bis zur Abschaltung des Kohlekraftwerks, bei verantwortlicher Klimapolitik spätestens 2030, verblieben nur wenige Jahre. Für eine kluge Planung der Wärmeversorgung lohnt sich das nicht. Der Energienetzbeirat hat gerade in einer Stellungnahme die Umweltbehörde aufgefordert, Alternativen für die Versorgung zu prüfen.

Klimapolitisch ist der Kohleausstieg bis spätestens 2030 dringend notwendig und möglich. Dies gilt auch für das Kohlekraftwerk Moorburg. Wir brauchen jetzt den Beschluss für den Kohleausstieg. Wenn jetzt in eine Infrastruktur der Fernwärmeversorgung investiert wird, die auf das Kraftwerk Moorburg zurückgreift, besteht ein hohes Risiko von Fehlinvestitionen. Die Frage nach einer kohlefreien Wärmeversorgung stellt sich in wenigen Jahren schon wieder. Denn ein bundesweiter Kohleausstieg muss und wird kommen. Wir brauchen jetzt Lösungen für eine klimafreundliche Fernwärme in Hamburg.

Hintergrund zu den wirtschaftlichen Interessen Vattenfalls: Laut Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz gibt es eine zeitlich befristete Zuschlagszahlung für die gleichzeitige Wärmeauskopplung bei der Stromerzeugung, sofern die Voraussetzungen durch die BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) anerkannt sind. Die Vergütung ist auf 30.000 Betriebsstunden begrenzt. Dazu kommen noch die Erlöse aus dem Wärmeverkauf an den Fernwärmenetzbetreiber oder eigene Endkunden. Das Kohlekraftwerk Moorburg versorgt bereits heute schon das Unternehmen Holborn Europa Raffinerie GmbH mit Wärme in kleinem Umfang und bekommt daher schon eine Vergütung für diese Energiemenge.

11. Wie wirkt der Gesetzentwurf? Kann eine Wärmeauskopplung aus dem Kohlekraftwerk Moorburg verhindert werden?

- Der Gesetzentwurf bindet Hamburg an die Pariser Klimaschutzziele.
- Der Senat soll mit allen ihm möglichen Mitteln die Beendigung der Verbrennung von Kohle in Hamburg bis 2030 herbeiführen.
- Insbesondere soll die FHH ab 2025 keine Kohlewärme mehr in Fernwärmenetzen, die der FHH oder (anteilig) einem ihrer Unternehmen gehören, zulassen. Das bedeutet das Aus für die Kohlekraftwerke Wedel und Tiefstack.
- Öffentliche Flächen sollen nicht mehr für Wärmeleitungen, durch die Kohlewärme geleitet werden soll, zur Verfügung gestellt werden.
- Bei der wegerechtlichen Genehmigung von Sondernutzungen für Wärmeleitungen wird der

Klimaschutz (Vermeidung von Treibhausgasemissionen bei der Erzeugung von Wärme) als neues Prüfkriterium eingeführt. Die letzten beiden Punkte sollen verhindern, dass es neue Wärmeauskopplung aus dem Kohlekraftwerk Moorbrug oder anderer Kohleverbrennung gibt.

Das Abschalten des Kohlekraftwerks Moorburg kann der Hamburger Senat nicht direkt durchsetzen, da das Unternehmen Vattenfall eine entsprechende Genehmigung für den Betrieb hat. Dies muss auf Bundesebene entschieden werden. Der Senat kann und soll aber nach unserem Gesetzentwurf eine Wärmeauskopplung aus dem Kohlekraftwerk Moorburg auf verschiedenen Wegen verhindern:

- a) Ein rekommunalisierter Fernwärmenetzbetreiber darf mit diesem Gesetz keine neuen Wärmeleitungen für den Transport von Kohlewärme bauen. Vielmehr muss er frühzeitig den Kohleausstieg in der Fernwärme bis 2025 planen und umsetzen.
- b) Sollte Vattenfall Mehrheitseigentümer des Fernwärmenetzes bleiben und die Wärmeleitung vom Kohlekraftwerk Moorburg im Rahmen des bereits bestehenden Sondernutzungsvertrages, der eine generelle Erlaubnis für die Verlegung von Wärmeleitungen beinhaltet, bauen wollen, verpflichtet unser Gesetzentwurf die Stadt dazu, mit der Sperrminorität gegen diese Investition zu stimmen.
- c) Sollte eine andere Vattenfall-Tochter einen Antrag auf Bau einer Wärmeleitung vom Kohlekraftwerk Moorburg stellen, soll und kann die genehmigende Behörde die wegerechtliche Erlaubnis verweigern, bzw. müssen öffentliche Flächen wie Parks und Sportplätze für den Bau einer Kohlewärmeleitung verwehrt werden, wenn der Gesetzentwurf rechtzeitig vor der Entscheidung über den Bauantrag wirksam wird.

12. Welche Kosten entstehen für Hamburg und die Bürger*innen. Wie werden sie bezahlt und soziale Folgen aufgefangen?

Man kann heute nicht zuverlässig sagen, was die Energieversorgung ohne Kohle im Vergleich zum Weiter so mit Kohleverbrennung kosten wird. Gerade am 8.2.18 hat die EU eine Erhöhung der CO₂-Emissions-Preise beschlossen, sodass Kohlewärme im Trend immer teurer wird.

Die Energiepreise sind größtenteils politisch gesetzt durch diverse Steuern, Förderungen, EEG-Umlage und CO₂-Kosten. Heute führt das leider immer noch nicht dazu, dass die Kohleverbrennung zurückgeht. Kohle ist immer noch viel zu billig. Da muss und wird in den nächsten Jahren viel passieren. Es gibt spannende Ideen, wie die politischen/staatlichen Energieebenkosten auf den Klimaschutz ausgerichtet werden können, z. B. ein Ersatz aller Steuern, Förderungen etc. durch eine [CO₂-Abgabe](#).

Die Umweltbehörde geht bei ihren Planungen für den Ersatz der Kohlekraftwerke Wedel und Tiefstack von einer Preissteigerung von 10 % bei der Wärmeversorgung aus, wenn die politischen Rahmenbedingungen so bleiben, also ca. 1 Cent pro kWh Wärme. Für eine [70 qm Wohnung](#) in einem schlecht gedämmten Mehrfamilienhaus mit einem hohen Verbrauch von ca. 15.000 kWh Wärme im Jahr kann dies zu einer Kostensteigerung von 12,50 € im Monat führen. Hiervon wären insbesondere Mieter mit geringem Einkommen in schlecht gedämmten Wohnungen hart betroffen. Menschen, die ALG II beziehen, bekommen die Heizkosten vom Jobcenter erstattet.

Ein weiterer Einfluss auf die Wärmekosten ist die Wärmedämmung, deren Umlage auf die Mieter zur Zeit jedoch noch zu unfairen Belastungen führt. Und auch wenn man das Produkt "warme

Wohnung" als Ganzes denkt, wäre durch eine wirksame Mietpreisbremse eine Entlastung der Mieter drin.

Es ist eine Aufgabe der politischen Gestaltung, wie die Energiewende sozial gerecht gehen kann. Auch jetzt gibt es diverse Sozialgelder für Menschen mit wenig Einkommen. Das muss auf die Energiewende angepasst werden. Leider gibt es im Bund und im Land Hamburg noch keine Aussichten und viel zu wenig Diskussion über die sozialen Fragen des Kohleausstiegs, sprich, wie ein Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien sozialverträglich gestaltet werden kann. Die Initiative möchte diese Debatte aktiv anstoßen.

Ein spannender Faktor ist die Tatsache, dass zukünftig sowohl das Fernwärmenetz als auch die neuen Anlagen für die Wärmeerzeugung fast komplett von Unternehmen der öffentlichen Hand gebaut und betrieben werden. Öffentliche Unternehmen haben einen politischen Auftrag, zu dem die Daseinsvorsorge gehört. Die [Stadtreinigung Hamburg](#) hat eine Anhebung der Müllgebühren aufgrund der zu tätigen Investitionen an ihrem Standort im Stellinger Moor jedenfalls schon einmal ausgeschlossen. Die Frage ist also, was kann der Verbund der öffentlichen Unternehmen tun, um die Fernwärmepreise gering zu halten? Jetzt werden in der Vattenfall-Fernwärme noch hohe Monopolgewinne eingefahren, die von den Fernwärmekunden bezahlt werden.

Den Klimawandel zu akzeptieren und nichts zu tun, wäre allerdings noch viel teurer. Wir würden unseren Kindern und Enkeln einen Riesenhaufen Kosten und Zerstörung vererben.

Eine Alternative zum Ersatz des Kohlekraftwerks Wedel kann theoretisch der Anschluss des Kohlekraftwerks Moorburg an die Fernwärme sein (was wir ablehnen). Jedoch ist dadurch nichts gewonnen, weder fürs Klima noch für eine kluge Wärmeversorgung. Denn Moorburg kann frühestens 2022 Wärme ins zentrale Wärmenetz liefern, gleichzeitig ist der Druck zum Kohleausstieg enorm. Es ist so wünschenswert wie möglich, dass die Bundespolitik das Kohlekraftwerk Moorburg ohnehin bis 2030 abschaltet. Ob sie das tut, hängt vor allem vom Druck der Bürgerinnen und Bürger ab. Tschüss Kohle macht diesen Druck!

Also ist es langfristig die günstigere Lösung gleich auf Wärme ohne Kohle zu setzen.

13. Welche Auswirkungen hat der Kohleausstieg auf Arbeitsplätze?

In Hamburg sind je nach Abgrenzung etwa 400 - 800 Arbeitsplätze von den Kohlekraftwerken abhängig. Dies sind weniger als 0,1 Prozent der Arbeitsplätze in der Stadt und unter 0,03 Prozent der Arbeitsplätze in der Metropolregion. Direkt in den Kraftwerken beschäftigt sind in Wedel ca. 90 Beschäftigte, im Kraftwerk Moorburg 150 und im gesamten Kraftwerkspark Tiefstack 610, wobei dort mehrere Anlagen stehen.

Bei einer Umstellung des Kohleblocks im Kraftwerk Tiefstack auf andere Brennstoffe ist nicht mit einem großen Abbau von Arbeitsplätzen zu rechnen. Für die Belegschaft in Wedel und Moorburg sind bei einem geregelten Ausstieg sozialverträgliche Lösungen möglich, wie es in Hamburg üblich ist, wenn Unternehmen aus politischen Gründen geschlossen werden, zumal dies noch einige Jahre dauern wird. Die neu zu bauenden Anlagen für den Ersatz der Wärmeversorgung schaffen eine Vielzahl von neuen Arbeitsplätzen sowohl im Bau als auch im Betrieb, für den kraftwerkserfahrene Arbeitskräfte besonders gefragt sein werden.

14. Gibt es Beispiele für den Kohleausstieg in anderen Städten und Gemeinden?

Die Hauptstadt [Berlin](#) will bis 2030 aus der Kohle aussteigen. Der Senat hat entsprechende Beschlüsse gefasst und lässt derzeit eine Machbarkeitsstudie erstellen. Auch hier gibt es ein [Bündnis für den Kohleausstieg](#).

In [München](#) haben die Bürger*innen für einen Kohleausstieg bis 2022 gestimmt¹³. Die Stadtwerke München sind jetzt angehalten, bis dahin das stadteigene Steinkohlekraftwerk abzuschalten.

In [Kiel](#) gab es einen langen Prozess der Bürgerbeteiligung, worauf die Pläne für ein Steinkohlekraftwerk zur Wärmeversorgung niedergelegt wurden und stattdessen das Küstenkraftwerk K.I.E.L. mit sehr flexiblen Gasmotoren gebaut wird.